

Die Halle... 2,50 M., durch die... 2,25 M. ...

Wann die... 30 M., ... 20 M., ...

Saale-Beitung.

Dreizehnter Jahrgang.

Nr. 117.

Halle a. S., Donnerstag, den 11. März.

1909.

Privatbeamtenfürsorge.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Für die bisher von der Gesetzgebung sehr mitleidig behandelten Privatbeamten...

Deutsches Reich.

Richtlinien einer Reichsfinanzreform

gibt Dr. Adolf Günther (München) in einer schon erschienenen längeren Abhandlung...

Sowie ich sehe, lassen sich die Einwürfe gegen direkte Reichsteuern...

- 1. Verfassungsrechtliche Bedenken; 2. Allgemeinpolitische Bedenken; 3. Finanzpolitische Bedenken...

Zu 1. In größtenteils Bemessung hat Professor Dr. Laband alle aus dem deutschen Verfassungsrecht...

Zu 2. Die Grenzen zwischen Staatsrecht und Politik sind flüchtig, diese Empfindung...

Zu 3. Prof. Dr. Laband äußert auch finanzpolitische Bedenken. Es geht nicht an, sie ganz...

Den Einzelstaaten ihre Einnahmestellen, die direkten Steuern, nehmen zu wollen...

fähigkeit der Einzelstaaten bleibt auch für die Reichsfinanzreform conditio sine qua non...

Zu 4. Die steuerrechtlichen Einwendungen zu würdigen, muss ebenfalls der Spezialuntersuchung...

Die Neuweisung des preussischen Kultusministeriums.

Ein Artikel der „Straßburger Post“ behandelt die Frage der Neuweisung des preussischen Kultusministeriums...

„Aur einen Fehler hat er allerdings, der ihn in den Augen anderer Leute für diese Stellung ungeeignet macht: er ist Konfessionslos...“

Die „Straßburger Post“ will also für ein Kompromiss, das der Liberalismus aber unter allen Umständen ablehnen muß...

Feuilleton.

Unterhaltungskunst. Ein toller Mensch. Roman von Paul Fink (Fortf.).

Himmelserscheinungen im März.

Von Dr. E. Günther.

(Nachdruck verboten.)

Die Sonne steigt in diesem Monat sehr rasch aufwärts und dementsprechend nimmt die Länge des Tages von 11 auf 13 Stunden zu...

haufen, den Plejaden und haben leicht Kenntnis ist; die letzteren haben die Gestalt eines V, an dessen Spitze der leuchtendste Stern steht...

des Herkules auf. Am südlichsten Himmel erstreckt sich unter dem großen Kreuz das Trapez des Löwen mit Regulus...

Die Mondphasen treten an den folgenden Terminen ein: Vollmond am 7. morgens, Letztes Viertel am 15. morgens...

Von den Planeten ist Merkur Morgenstern, er befindet sich am 9. in seiner größten westlichen Entfernung von der Sonne...

## Parlamentarisches.

Die Finanz- und Steuer-Kommission des Reichstags legt gestern die Beratung der Tabaksteuer fort. Fortgesetzt laufen Briefe mit neuen Steuerentwürfen ein. Unter anderem wird eine Kagensteuer vorgeschlagen. Andere Zuschriften verlangen die Heranziehung von Sachverständigen aus Interessentenzirkeln. Das Kommissionszimmer ist, wie auch an den vorhergehenden Tagen, andauernd von Tabakinteressenten, Vertretern der Tabakvereine ujm. umlagert.

Ein Mitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung erklärt, daß die Mehrheit seiner Fraktion gegen jede weitere Steuererhöhung des Tabaks überhaupt sei. Der Ertrag für die Bundesrolle sei die Gewächsteuer, und da kein Satz genannt worden: 210 Mt. Zoll hat 80 Mt. und 140 Mt. Steuer hat 50 Mt., die einen fürchterlichen Eingriff in die Industrie bedeuten würden. Auch für Deutschland ist aus dem Tabak mehr herauszuholen, aber nur in der Form des Monopols, und dazu ist es noch nicht zu spät. Aber damit sei anheimenden Herren von der Finanz nicht gebiet, weil mindestens zehn Jahre darauf gehen würden, bis sich ein finanzieller Erfolg herausstellt. Immerhin sollte man den Versuch wiederholen. Eine Subkommission hält der Rechner jetzt nicht mehr für nötig. Eine Roh-tabaksteuer sei nicht möglich, darüber sei man sich klar. Die Regierung betreibe, daß die Tabaksteuer einen Abgang der Industrie zur Folge haben werde; gut, wolle sie sich etwa zur Entschädigung der Betroffenen verpflichten? Das wird sie hübsch drehen lassen.

Der Direktor im Reichschatzamt Kühn erwidert, daß ein Monopol im Reichstag keinen Boden finde. Bei einer Gewächsteuer sei unter 210 Mt. Zoll und 140 Mt. Steuer nicht auszumachen. Die Bundesrolle sei immer noch die gerechteste und am meisten dienliche Steuer.

Ein Vertreter der Reichspartei tritt für die Bundesrolle ein. Die Interessenten prophezeien seit jeder neuen Steuer den Untergang der Welt. Die Subkommission muß in jedem Fall mit dem Tabak die Summe beschaffen, so aber im Liberaler Rechner legt, daß das ganze Gemerbe einseitig gegen der Bundesrolle ist. Er verweist auf die Subkommission, die einen Bismarck finden müsse. Der Schatzkammer empfiehlt gleichfalls die Subkommission. Die Regierung will gern auf die Entwürfen im Gemerbe Rücksicht nehmen, sie hat aber Entgegenkommen nicht gefunden.

Von freier Seite wurde verlangt, daß in bezug auf die Bundesrolle schon heute reiner Tisch gemacht werde, wogegen das Zentrum sich vollkommen rein halten will und mit den Parteien der Rechten bei der Abstimung durchsetze, daß die ganze Vorlage einschließlich der Bundesrolle an die Subkommission verwiesen werde. — Heute beginnt die Finanzkommission mit der Beratung der Biersteuer.

## Allgemeine Mitteilungen.

— Bundesrat und 25-König-Städ. Wie wir erfahren, wird der Entwurf über das neue 25-König-Städ. der im Reichschatzamt ausgearbeitet und dem Bundesrat bereits vor einiger Zeit überwiesen wurde, in der übernächsten Sitzung die Bundesratsassessoren zum ersten Male beschäftigen. Die Vorläge der Behörde betreffen ein neues Modell für die Münze, da man die drei preisgekrönten Entwürfe nicht für zweckmäßig zur Einführung hält. Vor Juli wird wahrscheinlich die Ausgabe der neuen Münze nicht stattfinden.

— Altatholische Pfarrer in der Schuldeputation. Der Kultusminister hat in einem Streifzettel dahin entschieden, daß in solchen Fällen, wo die Altatholiken als besondere Parochien anerkannt sind, der altatholische Pfarrer neben dem römisch-katholischen in der Schuldeputation (Schulvorstand) einzutreten hat.

— Die Herausgabe von Markenheften wird bei der Postverwaltung erwogen, nachdem sich herausgestellt hat, daß die verstreuteste angelegte Bestellung von Postwertzeichen in Wollen sich teuer stellt als die häufig gewinnste schnelle Nachprüfung nicht ermöglichen würden.

## See- und Flotte.

Es steht jetzt fest, daß das Kreuzergeschwader in Ostasien erneut um ein Schiff verringert wird. Für den auf der Rückreise von China befindlichen Kreuzer „Niobe“, dessen Antritt bereits in dieser Woche in Cadix zu erwarten ist, wird von der Heimat aus kein Ersatzschiff zur Entsendung kommen. Damit verringert sich die Zahl der dem Auslandsflottenverbande angehörigen Schiffe auf drei Kreuzer. Aus dem deutsch-schiffahrtlichen Kreuzergeschwader ist dem Namen nach nunmehr nur Morgenstern übrig.

Morgenstern liegt nahe bei Mars. Neptun, der entfernteste Planet der Sonne, ist in den Zwillingen zu finden, jedoch nur in Fernröhren zu sehen. In der letzten Zeit durchliefen die Tageszeitungen Nachrichten von der Entdeckung eines transneptunischen Planeten, die auf einer amerikanischen Sternwarte erfolgt sein sollte. Diese Nachrichten beruhen auf einem Mißverständnis und sind vollkommen unrichtig. Wenn außerhalb des Neptun noch ein größerer Planet sich bewegte, so müßte sich dessen Einfluß dadurch verraten, daß die beobachteten Neptunörter mit der Voraussage nicht stimmen. Bis jetzt ist die Uebereinstimmung aber noch recht gut. Möglich wäre es natürlich, daß außerhalb des Neptun noch Planeten existieren, sie müssen dann aber sehr klein sein. Wegen ihrer großen Entfernung von der Erde liegt sie dann auch sehr lichtschwach und ihre Entdeckung würde kaum anders als durch einen Zufall möglich sein.

Es sei noch auf eine Erscheinung kosmischen Ursprungs hingewiesen, für deren Beobachtung der März die beste Gelegenheit bietet. Bald nach Ende der Dämmerung sieht man am nördlichen Himmel den Stern Vega, die Sonne untergegangen ist, läßt sich von den Nebeln aufsteigend, einer kegelförmigenartigen Lichtschwemme, das sogenannte Zodiakal- oder Tierkreislicht. Wie der Name besagt, erstreckt es sich in der Gegend des Himmels, in der die Sternbilder des Tierkreises liegen, also längs der scheinbaren Sonnenscheibe. Ueber den Ursprung des Zodiakallichtes weiß man nicht viel Sicheres. Wahrscheinlich ist es eine Staubwolke, welche die Sonne in der Form einer flachen Scheibe umgibt und die noch über die Erdbahn hinausreicht. Die einzelnen Staubkörner werden von den Sonnenstrahlen beleuchtet und erzeugen dann jenen kegelartigen Lichtschimmer, den wir im Frühling am Abendhimmel und im Herbst am Morgenhimmel bemerken können. Am besten zu sehen ist das Zodiakallicht in den Tropen, wo dem Untergang der Sonne eine nur kurze Dämmerung folgt. Dort kann man auch das Zodiakallicht gerade gegenüber den sogenannten Gegenständen erkennen, der bei uns nur äußerst selten gesehen werden kann.

nach eine Division geworden, wie sie seinerzeit für die mittel-amerikanischen Gewässer der Venezuela-Biodade im Dienst gehalten wurde. Außer dieser Herabsetzung der Schiffszahl steht für den Kreuzergeschwader ebenfalls noch eine zweite Veränderung bevor. Es ist bestimmt worden, daß der „Fürst Bismarck“ in dem am 1. April beginnenden neuen Übungsjahr die Heimreise anzutreten hat, nachdem das Schiff seit dem Jahre 1900 die Flagge des Geschwaders im Stillen Ozean gezeigt hat. Der „Fürst Bismarck“ wird von der Heimat aus, da man auf ein Flaggschiff von größerer Wichtigkeit nicht verzichten kann, der „Panzerkreuzer „Scharnhorst“ nach dem ferneren Ozean abgehen, der in den letzten Jahren als Führerschiff für den Aufklärungskreuzer der Hochflotte diente. Die Zurückziehung des „Fürst Bismarck“ erfolgt aus Gründen seines heutigen Zustandes, der eine umfassende Ausbesserung erforderlich macht. Die neue Zusammenziehung des deutschen Kreuzergeschwaders wird mitteln sein: Der neuere Kreuzer „Scharnhorst“ als Flaggschiff, der auch den neuernannten Geschwaderschef, Konteradmiral v. Ingenhoff, an Bord zu nehmen hat, und die beiden kleineren Kreuzer „Leipzig“ und „Arcona“, von denen letzteres Schiff gegenwärtig nach der Sibirie abgegangen ist.

## Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

50. Sitzung vom 10. März.

Am Ministertische: Frhr. v. Rheinbaben.  
Präsident v. Kröner eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

### Strafverfolgungen.

Nach dem Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission wird die Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Schriftleiters der „Völkischer Volkszeitung“ wegen Beleidigung des Abgeordnetenbeschlusses abgelehnt. Die „Völkischer Volkszeitung“ hatte geschrieben, man hätte die Entscheidung über die Wahlfestsetzung ebenbürtig einer Schafherde überlassen können, wie dem Abgeordnetenbeschlusse.

Ebenso beschließt das Haus die Genehmigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. v. Hennig-Teufel (tonf.) in einem Strafverfahren wegen Beleidigung nicht zu erteilen.

### Erweiterung des Stadtkreises Linden.

Die Vorlage wegen der Erweiterung des Stadtkreises Linden geht nach kurzer Debatte an die veränderte Gemeindefinanzkommission.

### Das Kommunalsteuerprivileg.

Das Haus legt darauf die Einzelberatung der Vorlage betr. das Kommunalsteuerprivileg der Beamten, Geistlichen und Lehrer fort.

Abg. Biered (fr.)

begründet einen Antrag, wonach es in Gemeinden, die neben der Gemeindeeinkommensteuer noch Schulzotelsbeiträge erheben, bei den bisherigen Vorschriften verbleiben soll, mit der Maßgabe, daß der von den Beamten ujm. in diesen Gemeinden zu entrichtende Betrag an Gemeinde-Einkommensteuer und Schulbeiträgen 125 Prozent der Staatseinkommensteuer nicht übersteigen darf.

### Ein Regierungskommissar

sittet, den Antrag abzulehnen, der nur eine Mehrbelastung vieler Gemeinden bringe.

Abg. Dr. v. Aries (tonf.)

begründet einen ähnlichen Antrag. Er fordert Maßnahmen, um in den Landesstellen mit Eolettenschulen die unbillige Mehrbelastung der Beamten, Lehrer, Geistlichen und unteren Kirchenglieder möglichst bald zu beseitigen.

Abg. Dr. Heilig (Str.)

meint, die Anträge würden die Schwierigkeiten nicht beseitigen, sondern erhöhen.

Abg. Dusenst (nl.)

Auch mit erscheint der vom Abg. Biered vorgeschlagene Weg nicht besonders empfehlenswert.

Abg. Frhr. v. Jeditz (fr.)

Ein bescheidenderer Zustand wird erst eintreten, wenn die Schulaffären von den Kommunen getragen werden. Darum muß auch in Polen und Westpreußen möglichst bald das Schulunterhaltungsgegesetz eingeführt werden.

Abg. Dr. v. Jodysowski (Pole)

erklärt, gegen die Anträge stimmen zu wollen.

Die Besprechung schließt. Der Antrag Biered wird abgelehnt, der Antrag v. Aries mit großer Mehrheit angenommen. Bei § 2, nach welchem das Kommunalsteuerprivileg bestehen bleiben soll für diejenigen Beamten, Geistlichen, Elementarlehrer und unteren Kirchenglieder, die vor dem 31. März 1900 in das Amtsverhältnis eingetreten sind, beantragt

Abg. Rheinbacher (fr. Wp.)

das Geheh auch auf diejenigen Beamten auszuweihen, welche vor dem 1. April 1900 angestellt worden sind. Lediglich hinsichtlich der Militärpersonen sollte eine Ausnahme gemacht werden. Es würden mindestens 30 bis 40 Tausend ergeben, bis ein Erfolg für die Gemeinden aus dem Geheh entstände.

### Ein Regierungskommissar

ermidert, der Antrag Rheinbacher sei für die Staatsregierung unannehmbar.

Der Antrag Rheinbacher wird abgelehnt, § 2 angenommen, mit einem Antrag Ahrens, der in Konsequenz der geringen Beschlüsse das Kommunalsteuerprivileg der Geistlichen aufrecht erhält, aber die Regierung ersucht, mit den zuständigen Kirchenbehörden sich darüber ins Benehmen zu setzen, unter welchen Voraussetzungen die Befreiung der Geistlichen von der Gemeindesteuer aufgehoben werden kann.

In § 4 wird der Kommissionsbeschlusse geteilt, wonach die Zuschläge zur Einkommensteuer, wenn sie den Satz von 100 Proz. übersteigen, den Kreisen insoweit verbleiben sollen, als die Kreise zur Deckung ihrer Bedürfnisse die Einkommensteuer mit Umlage heranziehen.

Damit ist die zweite Lesung dieses Gesetzes erledigt.

Es folgt die erste Beratung der Novelle zum

### Stempelsteuergesetz.

Abg. Dr. v. Aries (tonf.)

Das Gesetz bringt keine grundlegenden Änderungen, ist aber der Schlussstein im Gebäude der Beamtenbesoldungsreform. Die Kommission wird hinsichtlich des Heb. der Steuerbefreiungen so engmaschig ziehen, daß niemand hindurchschlüpfen kann. Gegen die Erhöhung der Jagdscheineabgabe hat eine große Minderheit in meiner Partei Bedenken, ebenso gegen die des Stempels auf Jagdpachtverträge, den meistens die verpachtenden Gemeinden we-

den tragen müssen. Ich beantrage Verweisung der Vorlage an eine Zügliche Kommission.

Abg. Fleiter (Str.)

teilt die Bedenken des Vorredners gegen die Erhöhung der Jagdscheinegebühr und des Stempels auf Jagdpachtverträge. Die Jagdscheine würden den Stempel zu tragen haben, nicht die reisen Jagdscheine. Vielleicht könnte man auch Familienjagdscheine mit geringerer Steuer ausgeben. In der rückwärtigen Kraft des Gesetzes liege eine Härte, insbesondere für Mieter, die meist alle Vertragskosten allein tragen müssen.

Abg. Dr. Friedberg (nl.)

Meine Freunde sind mit der Vorlage im allgemeinen einverstanden. Die Stempelsteuer sind die notwendige Ergänzung des Erwerbs- und Einkommensteuersystems. Zu bedauern ist, daß Pachtverträge weniger Stempelsteuer zahlen sollen als Mietverträge. Die Erhöhung der Steuer auf Jagdpachtverträge wird sehr genau zu prüfen sein, damit die Gemeinden nicht den Schaden davon haben. Gegen den Errichtungsschemel für Gesellschaften (bilden erhebliche Bedenken; wenn wir ihn akzeptieren, so geschieht das nur, weil er die Hälfte der 16 Millionen aufbringen soll, die von der Vorlage erhofft werden. Sehr bedauerlich ist es, daß der Fideikommissstempel nicht erhöht worden ist. Die Fideikommissstempel sind mit wenigen Ausnahmen vollstänzlich unrentabel. Erscheinungen. Bedauerlich ist auch, daß der Fideikommissstempel in Preußen so häufig ganz erloschen wird. Wir werden das Geheh in der Kommission gründlich prüfen. (Beifall.)

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben

bedankt den Vorredner für die wohlwollende Beurteilung der Vorlage. Die Ertragsberechnung erhebe auch ihm reichlich Bedenken. Die Erhöhung der Jagdscheinegebühr hat keine Bedenken; der Jäger, der sich seinerzeit die Erhöhung der Jagdscheinegebühr von 3 auf 15 Mt. — also um 500 Proz. — gefallen ließ, wird auch die Erhöhung auf 22½ Mt. — also um 60 Proz. — ertragen. Gegen die niedrigere Gebühr für Jagdscheine mit Gültigkeit im Bezirk einer einzelnen Gemeinde habe ich die schwersten Bedenken. Die Jagdpachtverträge der Pächter der Stempel trägt, sollte ich für ausgeschlossen. Auch einen ungünstigen Einfluß des Stempels auf die Gründung von Aktiengesellschaften befürchte ich nicht; dazu wird bei solchen Gründungen in der Regel ein glänzendes Geschäft gemacht. Die Fideikommissstempelangehörig ist in das Gesetz in der Ausarbeitung begriffene Fideikommissgesetz.

Abg. Widde (fr.)

Auch wir haben allerlei Bedenken. Die Gesellschaften m. b. H. sollte man nicht zu streng anfaßen. Die rückwärtige Kraft des Mietzinsgesetzes erhebe sich ebenfalls. Auch die Jagdpächter dürfen nicht zu sehr belastet werden. Die Hauptpflicht der Beamten für den Stempel geht zu weit. Wir sind bereit, in der Kommission zur Fertigstellung des Gesetzes mitzuwirken. (Beifall rechts.)

Abg. Treger (fr. Wp.)

Die Vorlage wird mehr einbringen als nötig ist. Die Blauschmähre ist nicht berechtigt. Ueber Einzelheiten wird in der Kommission zu sprechen sein.

Abg. Heimann (Sog.)

Mit den Grundlagen des Entwurfs sind wir einverstanden. Freilich haben wir noch viele Änderungsanträge.

Abg. Wolff-Lissa (fr. Wp.)

Auch wir billigen die Ziele des Gesetzes ohne ihm in allen Einzelheiten zuzustimmen.

Ein Schlussantrag wird angenommen. Die Vorlage geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Donnerstag 11 Uhr: Beamtenprivileg, Mantelgesetz, Wohnungsgelddruck (dritte Lesung), Gebührenordnung für Notarbeamte (zweite Lesung).

Schluss 4 Uhr.

## Ausland.

### Vor der Entscheidung?

Nach Veröffentlichung der serbischen Note haben sich die Dinge auf dem Balkan wieder mehr aufgelockert. Oesterreich mußte aus der Antwort Serbiens schließen, daß man in Belgrad mit dem ungenügenden Vorschlag nur Zeit gewinnen möchte, die Truppen zu verhärtigen und schlagfertig zu machen. Dies ist aber Oesterreich unter allen Umständen zu verhindern entschlossen, und so werden uns die nächsten Tage vielleicht die lange erwartete Entscheidung über Krieg und Frieden bringen.

Zu der neuen Verschärfung und dem Ernst der Lage machte eine hervorragende diplomatische Persönlichkeit dem Wiener Korrespondenten der „B. Z.“ die nachstehenden, bemerkenswerten Angaben:

„Die Entscheidung über Krieg und Frieden steht unmittelbar bevor, weil der Beginn des Frühlingsschlages bevorsteht. Ein Balkanrieg im Winter ist ein Unding. Dafür ist ein Balkanrieg im Frühjahr eine Sache, die viel leichter entsteht, als man sich sonst den Beginn eines Krieges vorstellt. Man darf nicht vergessen, daß ein Teil der Streitkräfte, die Serbien ins Feld stellen kann, aus Banden besteht, die sie jetzt in Belgrad „Legionen“ nennen. Das sind ganz genau dieselben Banden, die ihre Fallschirmabteilungen bisher in Magdonien ausgehoben haben. Und wenn die Frühjahrsbeginn gleichzeitig der Beginn von Schrecken und Plündern. Sie würden sich allerdings ergrimmigen kämpfen, wenn sie die Verhältnisse in Magdonien mit denen in Bosnien und der Herzegovina verwechseln sollten. Die österreichischen Grenzkommandos werden keinen Augenblick zögern, die Banden genau so, wie es Deutschland 1870 mit den Franciscurs getan hat, außerhalb des Krieges rechtlich zu stellen und jedes Mitglied einer solchen Bande, das mit der Waffe in der Hand gefangen genommen wird, fesseln zu lassen.

Wie wenig man sich in Wien großen Hoffnungen auf eine friedliche Beilegung der serbischen Krise hingibt, beweisen am besten nachstehende Zeilen:

Wien, 10. März. Die Lage wird hier ernster und kritischer beurteilt als je zuvor. Magdonische Kreise weisen darauf hin, daß die Fortdauer der russischen Magnationen eine andere als eine kriegerische Lösung der serbisch-österreichischen Konfliktes von Tag zu Tag unwahrscheinlicher erscheinen lassen. Wenn der jüngste Schritt des Grafen Jorga in Belgrad nicht die dringend benötigte Klärung brächte, würden binnen kurzem weitere Schritte der Wiener Regierung erfolgen. Dem Wiener Publikum vertieft sich die Beunruhigung. Sehr ernst ist

man über den großen Erfolg der Emmission der Österreichischen Staatsanleihe, der als um beachtenswerter erachtet wird, als das Publikum sich seiner Täuschung über die drohenden Möglichkeiten der nahen Zukunft hingibt.

\*

**Ein Kampf zwischen Kroaten und Großherzogen.**  
Laram, 10. März. In vergangener Nacht fand ein Zusammenstoß statt zwischen Mitgliedern und Gegnern der kroatischen Agitation, die zur Abwehr der kroatischen Agitation gegründet wurde. Im Handgemenge wurden dreißig Revolverkugeln abgegeben. Drei Personen wurden schwer, drei andere leicht verletzt. Drei Personen wurden verhaftet.

**Rundgebungen gegen Oesterreich in Mailand.**

Nicht nur in österreichischen Trentino, auch im Königreich Italien selbst führt der Haß gegen die Donaumonarchie und gibt sich in seltsamen Formen kund. Zumal in Mailand ereignete sich in jüngster Zeit mehrere gegen Oesterreich gerichtete Demonstrationen, die wenig sympathisch anmuten. Unter anderem wurden die Wüste des großen Kaisers Franz Josef neulich von Studenten der technischen Hochschule auf einem öffentlichen Platze aus dem reichlich gefallenen Schnee gebildet und mit einem Strich um den Hals versehen. Solcher Schimpf verdient ein anderes Vorkommnis, dessen Schauplatz vor einigen Tagen der Saal eines Mailänder Hotels gewesen ist. Eine durch Reichtum und Ansehen gleich ausgezeichnete aristokratische Familie hatte ihre Freunde zu einem Ballfeste eingeladen und hierbei die Parole ausgegeben, daß alle Damen in Toiletten von gelber Farbe erscheinen sollten. Mit den schwarzen Gesellschaftsanhängen der Herren wurden also die Farben der österreichischen Fahne dargestellt, aber keineswegs, um der Sympathie für den östlichen Nachbarstaat Ausdruck zu geben. Denn im Kostüm wurde ein mit schwarzen Stoffen geschmückter Paravand in den Saal getragen. Auf ein gegebenes Zeichen erschienen drei in den italienischen Farben gekleidete junge Damen, die die schwarzen Toiletten, während der Gesellschaft, in der die ersten Namen der Mailänder Aristokratie und Aristokratie vertreten waren, in für mich ein Beispiel ansetzten. Daß Oesterreich-Liengarn (und Deutschland) angehöre, solcher Vorkälle Wert des italienischen Bundesgenossen nicht allzu hoch bemessen können, dürfte den Herren in Mailand und Triest wohl klar sein.

**Sandel mit Mitbrütern-Zeugnissen in Rußland.**

Im Rußland, dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten im Betrüger, wird der „Samburger Zeitung“ eine neue erbauliche Art des Sandwibes beibringt. In Wilna ist eine Fabrik von gefälschten Mitbrütern-Zeugnissen entstanden, in der sich ein großer Betrieb vollzogen hat. Das Geschäft kam der Sache zuerst dadurch auf die Spur, daß in der Kavallerie-Schule in Twer das gefälschte Werk eines gewissen Tschernow aus Odessa, Sohn eines Gildesammanns, aufgefunden war. Nachdem dieser festgenommen wurde, stellte es sich heraus, daß viele junge Leute sich in den Besitz solcher Zeugnisse gesetzt haben, um zu einem vortheilhafteren Militärdienst zu gelangen. Wie der Verhaftete gestand, hatte er 2200 Rubel für das Zeugnis bezahlen müssen, während seine Mitbrüder, wie ein junger Apotheker, ein Zahnarzt, billiger davonkommen sind, und zwar mit 200 und 300 Rubel. Der Unternehmer und Leiter der Zeugnisfabrik nennt sich Struspat und ist als ausgesuchter Techniker und Zahnarzt bekannt. Er hat sogar als Leiter der technischen Zahnfabrik in der Hauptstadt gearbeitet in dem Bereich der gefälschten Mitbrütern-Zeugnisse lag in den Händen der Schmiede, die er in einem gewissen Kurto die Direktion erließen. Auch er ist erwünscht worden und im ganzen gelang es der Polizei, der schonenden Personen dingfest zu machen. Wie viele Zeugnisse gefälscht und verkauft wurden, ist noch nicht festgestellt, aber ihre Zahl scheint nicht gering zu sein.

**Halle und Umgebung.**

Salle a. S. 11. März.

**Zur Submission auf die neue Stadtanleihe.**

Aufer jenem Höchstloste von 101,31, das die in unserm getrennten Abendblatt aufgeführten Banken und Firmen abgeben, lagen noch folgende Gebote für die 2 Millionen vierprozentiger Anleihe vor: von der Magdeburger Privatbank, Filiale Halle, 101,17 Proz., von einem Konjunktium unter Führung des Magdeburger Bankvereins 101,27 Proz., von der Firma Delbrück, Leo & Co. in Berlin 100,67 Proz., von einem Konjunktium unter Führung des Bankhauses Gebr. Arnold in Dresden 100,98 Proz., von Israel, Meyer & Sohn in Hannover 100,81 Proz., und von A. Schaaffhausen'schen Bankverein in Berlin 100,51 Proz.

**Behörden in der Geflügelplage für Volksschullehrer.**

In der Geflügelplageanstalt zu Cröllwitz soll im Monat April d. J. ein vierzehntägiger Lehrcursus in der Geflügelplage abgehalten werden, an dem 15 Volksschullehrer des Regierungsbezirks Merseburg teilnehmen können. Die Kreisgesundheitsbeamten des Bezirks sind angewiesen, schleunigst Anmeldungen zu diesem Kursus entgegenzunehmen und an die Landwirthschaftskammer für die Provinz Sachsen zu übermitteln, die ihrerseits die endgültige Auswahl treffen und die Veranstaltung des Kursus veranlassen wird.

Zur antiken Beirathung der Kosten stellt das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten jedem Teilnehmer Tagelohn von drei Mark für jeden Kursus- und Reise-Tag, Reisegelder für die Hin- und Rückreise (Eisenbahnfahrkarte 3. Klasse) und das Unterrichtsmaterial von 20 Mark, das der Landwirthschaftskammer zufließt, in Aussicht. Die Reisekosten und Tagelohn werden den Teilnehmern von der Landwirthschaftskammer ausbezahlt werden.

**Zur Bequemlichkeit der Reisenden.**

Die Eisenbahnverwaltung hat in den letzten Wochen in dem westlichen Bahndamm auf dem Vorplatze des hiesigen Hauptbahnhofes, nach dem Muster der Berliner Stadtbahn, mehrere neue Bögen einbauen lassen. Während einige Bögen zur Eisenbahnweitung benutzt werden sollen, sind zwei dem minimele Bahnhofsverkehr mitzulegen überlassen worden. In einem Bogen hat sich ein Füllungsgerüst, in dem anderen ein Blumenbeet gerichtet überlassen; beide Gerüste haben nach dem Bahnhofsverwalter hin hübsch decorierte Schaulustler etzerrichtet und

präntieren sich dadurch dem reisenden Publikum recht vortheilhaft.

Durch diese Gerüste wird schon lange bestehenden Bedürfnissen abgeholfen. Durchgehende Personen, die zum Überweg von einem Zug auf den anderen hier für einen Aufenthalt hatten, haben es immer unangenehm bemerkt, daß auf dem Bahnhof keine Gelegenheit zum Raieren usw. vorhanden war; auch nach Blumen ist häufig Nachfrage gehalten worden. Jetzt steht unmittelbar am Bahnhofsgelände ein Freizeiter- und Blumenbeet zur Verfügung.

**Ärzte und Krankentassen.**

Unter dieser Ueberschrift haben wir vorgestern eine Erklärung des Verbandes zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankentassen gegeben, die sich gegen einen offenen

Brief des Verbandes der Ärzte Deutschlands an den Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg richtete. Der Brief lautete folgendermaßen:

Eure Excellenz haben am 5. Februar 1909 von der Tribüne des Reichstages herab den deutschen Ärzten den Vorwurf eines Mißbrauchs des Koalitionsrechtes gemacht und die Möglichkeit eines Mißbrauches Kranter oder Sterbender als einen Rückfall in unsoziale Zustände (schlimmer Art) bezeichnet. Sie haben weiter geäußert, ein großer Teil der deutschen Ärzteschaft sei mit solchem Verhalten in seiner Weise einverstanden, aber er werde von den eifernen Klammern des Koalitionszwanges und dem Druck eines ehrengeächtlichen Verfahrens zurückgehalten. Zwar haben Sie am 9. Februar die Ihre Ausführungen eingeschränkt, aber es ist Ihnen schon im Reichstage selbst erwidert worden, daß man sie gar nicht anders auffassen könnte, als auf den jetzigen Ködner Krankentassenkonflikt gemünzt.

Exzellenz! Bei allen Beschwerden, die im Reichstage vorgebracht werden, pflegen die Vertreter der verbundenen Regierungen es abzulehnen, Beistand zu geben, solange das Verfahren noch schwebt. Warum hielten Sie es jetzt für erlaubt, während der Streit zwischen Krankentassen und Ärzten tobte, über die Ärzte ein Urteil zu fällen, das diese im Kampfe benachteiligen muß? Wir Ärzte empfinden das um so mehr, als Sie offensichtlich über die Lage unseres Standes gar nicht oder falsch unterrichtet sind.

Als die sozialpolitischen Gesetze, als insbesondere die Krankenversicherung in Kraft trat, da wurden plötzlich für Ärzte mächtige Organisationen, als unsere Brot- und Arbeitsgeber gegenübergestellt, gegen die der einzelne Arzt völlig ohnmächtig war. Die Krankentassen differenzierten ihn, unter welchen Bedingungen er seinen Beruf ausüben hat, und welches Entgelt er dafür bekommen. Was man dem Arzte als Lohn für seine aufopfernde, an Engagement reiche und gefähliche Berufstätigkeit hat und noch bietet, das zu schätzen wollen wir uns an dieser Stelle verlagern. Das heute, nachdem der Verzeßland zahllose schwere Kämpfe hat durchlaufen müssen, werden oft nur wenige Großen als Gegenwert für die schwerigsten ärztlichen Verdiensten gesucht und sind noch Tausende zur Mitarbeit bereit. Ärzte von der Praxis bei der Koalitionsstreit, nicht die uns angemeinete Herrschaft hat uns zusammengepreßt, nein, es war die Not, die uns als freien Bürgern unseres Staates und als den Hütern eines freien Berufes, des Ehrenamtes gegen übermüßige und herrschaftliche Kassenverwaltungen aufopfert. Eure Excellenz befinden sich in einem gewaltigen Irrtum, wenn Sie annehmen, daß wir deutschen Ärzte nur von den eifernen Klammern des Koalitionszwanges unter dem Druck eines ehrengeächtlichen Verfahrens zurückgehalten würden. Nichts von alledem ist richtig; unsere Organisation ist eine durchaus freiwillige, und gerade die Ärzte würden sich am allerinnersten von einem Zwange lassen lassen. Und was die Ehrengehrigkeit anlangt, so haben sie sich bisher strengstens davon enthalten, in diese Kämpfe einzutreten, ja wir haben es oft genug beklagen müssen, daß ihre Einschüchtern von Seiten des ärztlichen Standes diesen Kämpfen nicht zuzulassen. Wenn sie es aber jedenfalls, daß ein hoher Staatsbeamter von der Tribüne des Reichstages herab heftige Einwürfen wegwerfend beurteilt, bloß weil er vermutet, daß viele unter Umständen dem Arztstande bei seinem Existenzkampf nützen könnten.

Ein großer Teil der deutschen Ärzte soll mit dem Verhalten der jetzt im Vordertreffen lebenden Ködner Ärzteschaft nicht einverstanden sein? Ist es Ihnen bekannt, daß 24.000 deutsche Ärzte, im deutschen Ärztevereinsbund und im wirtschaftlichen Verbande organisiert, also bis auf verhältnismäßig Ausnahmen alle für die Praxis in Frage kommenden Ärzte, geschlossen hinter ihren Ködner Kollegen stehen? Gegen die Kassenverwaltungen fanden Eure Excellenz leider kein Wort des Tadelns! Und doch handelt es sich nicht, wie so vielfach fälschlich angenommen wird, um einen Verzeßland, sondern der Ködner Krankentassenverband hat die alten Ködner Ärzte von jeder kassenärztlichen Tätigkeit ausgesperrt, und nicht genug damit, daß man ihnen ihre Kassenpatienten entzog, nein, Kassenverwalter, Generalsverwaltungen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind einmüßig in dem Bestreben, sie auch noch in der Privatpraxis zu schädigen. Wenn jetzt in Ködner Kranter oder Sterbender ihrem Elend hilflos überlassen werden, dann trifft die Schuld daran nicht die Ärzte, sondern die Kassenverwaltungen, die zwar durch öffentliche Bekanntmachung ihren Kassenmitgliedern mitgeteilt haben, daß sie Kosten, die aus ihren Kassenmitgliedern der Ködner Ärzte entstehen würden, nicht erheben, die aber nicht, wie es ihre Pflicht war und ist, für die ausgeschalteten Kassenärzte ausreichenden und vollwertigen Ersatz beschafft haben.

Daß die Krankentassenkämpfe zum Teil auf Kosten der Kranken geführt werden, ist schändlich, das geben wir zu, aber das sollten sich in erster Linie diejenigen sagen, die jene Kämpfe aus Herrschaftlichkeit herbeiführen, und diejenigen, die sie nicht vermindert haben. Wir Vertreter der kämpfenden Ärzteschaft fühlen uns heute noch wie immer als die Vertreter eines Standes, dessen Aufgabe und höchstes Ziel Betätigung der Menschlichkeit ist, die Bewirtlichung unserer sozialen Gewinnung sehen wir in der gewissenhaften Ausübung unseres Berufes, und wir sind überzeugt, daß hierin die deutsche Ärzteschaft hinter keiner anderen Gesellschaftsstände zurückbleibt. Aber wir Ärzte haben auch die Pflicht der Selbsterhaltung und Pflichten gegen unsere Familien; deshalb heißt es dem Publikum einen schlechten Begriff vom ärztlichen Stande beibringen, wenn man uns zumutet, auch im Kriege unserer Gegner den Willen zu tun und uns ihm so lange zu fügen, bis wir überflüssig geworden sind.

Solange die Kassenordnungen sich nicht herbeifügen, als die Beherrschung und Lebensbedingungen des ärztlichen Standes und Berufes die von uns geforderte Rücksicht zu nehmen, solange es und muß es Kampf und Streit geben. Aber selbst wenn eure Excellenz versichert sein: Niemand wird es freudiger begrüßen, als die Beherrschung der deutschen Ärzte, wenn die kassenärztlichen Kämpfe und Kämpfe aufhören werden. Die deutsche Ärzteschaft hat oft genug den Weg gezeigt, ein Arzttag nach dem anderen hat in ungeschätzten Eingaben, Denkschriften und Vorschlägen darauf hingewiesen, daß die Ärzte nur als freie Mitarbeiter an den sozialen Aufgaben unserer Zeit ihren Beruf voll

erfüllen können: Niemand hat uns erhört. Jetzt, Excellenz, wo die Not an Ihnen ist, wo Sie die Grundlinien der Versicherungsreform entwerfen, zeigen Sie im gleichen Augenblicke, daß auch Sie, trotz abnehmenden Verhältnisses für den Kern der Sache, nicht gewillt sind, daß die von Ihnen geplanten Einigungsanfragen mancher Ködner zu verheilen vermögen. — Sei es, was Sie über das Budget nicht. Sollte aber der Versuch gemacht werden, uns Ärzte mit unseren Berufsforderungen unter dem Spruch eines Schiedsrichters zu zwingen, und auf diesem Wege uns das Recht der Freiheit der Hilfeleistung, unsere besten Kräfte zur Verwirklichung unserer Berufs- und Standesinteressen, aus der Hand zu winden, dann können Excellenz versichert sein, Sie werden die deutsche Ärzteschaft ebenso einig im Widerstand finden, wie sie jetzt zum Schutze ihrer bedrohten Rechte einig und treu zusammensteht. Sorgen Sie dafür, daß König allenthalben den ärztlichen Standesvertretungen das Recht eingeräumt werde, bei der Regelung des kassenärztlichen Dienstes mitzuwirken, daß dem Arzte in Zukunft sein ihm durch die Koalitionsverfälschung verdrängtes Recht auf freie Ausübung des Berufes gewährleistet und er der Willkür der Kassenverwalter entrückt werde. Dann, aber nur dann, wird endlich dem ärztlichen Stande der Frieden zurückgegeben sein.

Leipzig, den 18. Februar 1909.

Der Vorstand des Verbandes der Ärzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen.

Dr. Hartmann, Dr. M. Goch, E. H. Dr. Dippe, Dr. Dumas, Dr. Gähler, Dr. Hirschfeld, Dr. Mejer, Prof. Dr. Schwarz, Dr. Streffer, Dr. Wolffert.

**Von der Gose**

erzählt das „Leipz. Tabl.“ ein hübsches Geschichtchen, das für uns um so mehr Interesse hat, als auch die Döllinger Gose, dieses in Halle von alterer hochgeachtete Getränk, darin eine Rolle spielt:

In jeder Gosenstube, wo man auf Tradition hält, hängt in Leipzig und Nachbarräten das Bild des alten Dessauers; denn kein Gosenbürger als Fürst Leopold von Anhalt-Dessau hat die Gose nach Leipzig gebracht. An einem heißen Sommertage war es, anno domini 1740, da hielt der Fürst nach langem Ritt auf hiesiger Landstraße vor einem Wirtshaus in Dorj Gutschütz. Vom ehrenvollen Wirt heißt er einen frischen Trant, aber was er im Pumpen von Steinzeug belam, das mündete ihm gar wenig. Und er schloß ein tiefes Mittel mit den Männern von Gutschütz, ihm jammerte er in seinem menschenfreundlichen Herzen, jowarier jetzt er sich über den herrschenden Bierzwang hinweg und verpaid ihnen ein Getränk zu senden, das ihnen wohl gefallen werde. Der alte Dessauer hielt sein fürstlich Wort, bald nachher langte in Gutschütz eine Faßre Gledischer Gose an, wie sie in dem Dorfe Gauditz von alters her gebraut wurde. Des waren die Männer von Gutschütz froh, und der Wirt die Ködner Gosezeitung ließ gar schnell aus über die Grenzen, und die Ködner Gosezeitung pilgerten in Scharen nach Gutschütz hinaus, um sich an dem edlen Trant zu laben nach des Tageswerks Mühen und Sorgen. Später herrte Napoleon die Grenzen, und der Quell der anhaltischen Gose wurde verstopft, bis dann nach einiger Zeit in der kleinen Weißbierbrauerei des Rittergutes Döllnitz ein Braumeister Lebermann eine vorzügliche Gose herzustellen wußte, deren Ruck sich bis auf den heutigen Tag erhalten hat.

**Das Allgemeine Ehrenzeichen wurde dem hiesigen Eisen-dreher Herrn Franz Gerlach verliehen.**

Eine Allgemeine Bauartlich-Ausstellung findet unter Förderung durch Behörden und verschiedene Fachverbände in der Zeit vom 12. bis 30. Juni d. J. auf dem Messegelände in Leipzig statt. Der Gliederungsplan für die Ausstellung läßt erkennen, daß es sich um eine Veranstaltung handelt, die in dieser Art und in dem Umfange noch nicht stattgefunden hat und nicht allein für Sachkreise, sondern auch für die Allgemeinheit von großer Bedeutung ist. Die Zahl derjenigen Firmen, die in größerem Umfange ihre Erzeugnisse vorführen, ist bereits eine beträchtliche, so daß die Besichtigung der Ausstellung durch zahlreiche leistungsfähige Firmen aller einschlägigen Branchen geschieht ist.

Der Verein zur Förderung des Fremdenverkehrs hat Generalversammlung am Mittwoch, den 17. März, abends 9 Uhr, im Hotel Kaiser Wilhelm, Bernburgerstraße, mit folgender Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Rechnungslegung. 3. Entloftung des Vorstandes. 4. Ergänzungswahlen für den Gesamtausschuß. 5. Sonstige Anträge und Mitteilungen.

**Aus dem Leserkreise.**

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung; für die bleibt auf Grund des § 21 Abs. 2 des Preßgesetzes in vollem Umfange der Versender verantwortlich.)

**Die Schilder Strassenreinigungs-Kommission in Halle!**

Unser Strassenreinigungsamt ist auf der Höhe, das hat der Magistrat am 8. März den Stadtvätern klar gemacht. Schnee liegt ja noch — zugegebener Weise — in einigen Straßen, das haben sich ja auch andere Städte, wie Leipzig und Schöneberg, geleistet — aber in den Hauptstraßen ist bei uns der Schnee sofort entfernt worden. Leider ist nicht möglich in der Stadtvordereinstellung festgestellt worden, wo sich E Strafen zu den Hauptstraßen gehören. Ich dachte bisher immer an einer der Hauptstraßen — dem Steinweg — zu wohnen, das ist Gott sei Dank nicht so, denn bis heute, 10. 3., liegt der Schnee noch auf dem Steinweg. Nun, wenn die Anwohner der Nicht-Hauptstraßen auch jetzt gerade keine freudigen Gesichter machen, so wird sich bei ihnen die Freude einstellen, wenn die Steuer-Einschätzung erscheint, denn es ist doch wohl selbstverständlich, daß die Bewohner von Straßen 2. Klasse nicht in dem Maße zur Kommunalsteuer herangezogen werden können, wie die Anwohner der Straßen 1. Klasse. Den Betrag, den sie voraussichtlich weniger an Steuern zu zahlen brauchen, müssen sie ja im Winter für Stulpen- und Wasserstellen anlegen.

Aus — Schilda soll kürzlich eine Kommission von Gemeindevorständen hier gewesen sein, um sich über die Wirksamkeit des Strassenreinigungsamtes zu informieren. Die Leistungen haben der Kommission auch genügt, denn sie war der Meinung, auch ohne Strassenreinigung könne nicht mehr Schnee und Eis auf den Straßen sein, als jetzt, aber die Parlamentarier erließen ihr ungenügend. Es wurde deshalb der Beschluß gefaßt, in Schilda die Strassenreinigung in häßliche Regie zu übernehmen — einfach ohne die Straßen reinigen zu lassen. Die Spar-

nisse werden auf 20 000 M. jährlich geschätzt, also wird  
Südde in einigen Jahren eine der reichsten Städte werden.  
Das Beispiel wird zur Nachahmung empfohlen.

R. F.

## Provinzial-Nachrichten.

### Motorfahrillen.

**Bad Nauherberg, 9. März.** Seit einigen Tagen pro-  
bieren zwei Herren aus Hannover hier einen Motorfahrillen  
aus. Die Herren legten gestern auf der Strecke von Andre-  
berg nach hier die erste längere Distanz zurück. Sie durch-  
fuhren die 9,9 Kilometer lange Strecke in der Zeit von  
20 Minuten, dem teilweise 20-30 Zentimeter hohen  
Schnee eine vorzügliche Leistung. Der Führer, der noch  
solche hinten je eine vierköpfige Luftschraube hat, ist mit  
einem 8 P. S. Motor ausgerüstet, hinter dem der Führer  
und ein Passagier Platz nehmen können. Heute abend wurde  
der Führer eingepackt, um auf einer geraden Strecke pro-  
bieren zu werden.

### 20 Prozent Steuererhöhung.

**Nordhausen, 10. März.** Der Entwurf zum Haushalts-  
plan der Stadt Nordhausen pro 1909 liegt nunmehr vor. Er  
balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 1 391 000 Mark,  
d. h. ein Mehr von 105 000 Mark. Der Entwurf schlägt eine  
Zulassungssteigerung um 20 Prozent vor.

### Zum Kaiserbesuch.

**Stolberg a. S., 10. März.** Wie wir schon berichtet,  
wird der Kaiser unserer Fürstin im August d. Jrs. einen Be-  
such abtrotzen.

Bei diesem Besuch ist auch eine Besichtigung der weit  
und breit bekannten Ruine Hohstein bei Neudorf u. S.  
vorgesehen, die bekanntlich Eigentum des Fürsten Haules ist,  
das für deren Erhaltung im Laufe der Jahre viel getan  
hat.

**Kasse a. S., 10. März.** (Der Polizeihund.)  
Bei einem Einbruchverbot in das Gehöft der neuerbauten  
Domänenhäuser in der Gärter Straße stellte der Polizeihund  
„Bella“ den Dieb und machte ihn fest. Dadurch gelang es,  
dem Einbrecher die gestohlenen Beute abzunehmen und seine  
Personalkenn zu feststellen.

**Bahnhof Corbecha, 9. März.** (Erztrouen) auf-  
gefunden wurde am heutigen Morgen ein etwa dreißigjähriger  
Mann, dessen Person völlig unbekannt ist, da er keine  
Ausweispapiere bei sich trug. Er hatte sich an der Haupt-  
des hiesigen Lokomotivführers R. niedergelegt und Kopf und  
Stiefel ausgezogen, so daß anzunehmen ist, was auch der  
ärztliche Augenschein bestätigt hat, daß er betrunken gewesen  
ist. Anhängend war er auch lungenerkrank.

**Seitz, 10. März.** (F. Lüchig) ist mit einer Summe  
von 1055 Mark gestern abend der Kellner Gustav Rothardt,  
der erst seit einigen Tagen den Oberkellnerposten im Be-  
sitz hat, geworden. Sein Prinzipal hatte ihn  
mit dieser Summe fortgeschickt, von der er 1000 Mark bei  
einer Bank einzahlen und mit dem Rest eine Gastrechnung  
begleichen sollte.

**Lützen, 10. März.** (Der älteste Zwölfer-  
Suzer.) In Delschitz starb am 5. März am Herzschlag der  
Rentier Franz Hammer, der wohl der älteste ehemalige  
12. Suzer war, denn er gehörte dem Jahrgang 1847-49  
an; er hatte bei der 3. Stadron gedient.

**(Sorgau, 10. März.)** (Ein Schwindlerpar.)  
Der Schneider Hermann Heese aus Delschitz und der Agent  
Franz Jörner aus Halle a. S. die zuerst eine ihnen von der  
Strafammer in Halle wegen Betrugs im wiederholten Rück-  
falle auferlegte jährliche Zuchthausstrafe in der Strafanstalt  
Ludau verbüßen, wurden heute anderweit wegen Betrugs in  
zwei Fällen zu einer weiteren Zuchthausstrafe von je zwei  
Jahren und zu einer Geldstrafe von je 300 Mark verurteilt. 40  
Tage Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte  
auf 10 Jahre verurteilt. Der Mitangeklagte Maurer Carl  
Brade aus Delschitz wurde freigesprochen.

**Barby, 9. März.** (Nach wochenlanger ange-  
strengter Arbeit) ist es endlich gelungen, unsere  
Fährte, die bei schwerem Eisgang entfihrte wurde und dann  
im Kuhwender zwischen Geittrupp und Etschollen hängen  
blieb, aus ihrem Gefängnis zu befreien. Jetzt steht das  
Fahrzeug wieder in der freien Erde und harzt der Beförde-  
rung nach seinem Bestimmungsort.

**Stahlfur, 9. März.** (Schenkung für das  
Waisenhaus.) Ein jüngst verstorbener Einwohner hie-  
siger Stadt hat dem Waisenhaus eine nicht unbeträchtliche  
Schenkungen gemacht.

**Emielof, 9. März.** (Durchgebrannt) ist in  
diesen Tagen die Frau eines hiesigen Einwohners mit ihrem  
Viehhaber. Sie ließ Mann und zwei kleine Kinder im Stich;  
auch etwa 1000 Mark sollen seit dem Weggange der Frau in  
dem betr. Haushalte fehlen.

**(Tiefel, 10. März.)** (Das Testament im Ka-  
tender.) Von interessierten Stellen wurde im Nachlaß  
eines jüngst verstorbenen hiesigen Privatiers ein Testament  
vermißt. Man suchte fruchtlos, aber es fand sich nichts.  
Natürlich taucht auch schon die üblichen unaufrichtigen  
Gerüchte auf. Jetzt, viele Wochen nach dem plötzlichen Tode des  
Erblassers, fand sich das Testament, das allerdings wesent-  
liche Abänderungen der Erbschaftsanteile bringt, in einem alten  
— Kasten vor.

**S. Dresden, 9. März.** (Der flüchtige Oberleut-  
nant Wagner.) der in Potsdam einen Selbstmord mar-  
tiert hatte, um sich einer Freiheitsstrafe zu entziehen, ist  
wieder verhaftet worden. Er wurde ins hiesige Militär-  
untersuchungsgefängnis eingeliefert. Die strafbaren Hand-  
lungen hatte Wagner während seines Kommandos bei einem  
flüchtigen Bezirkskommando begangen.

## Mischtes.

### Zeppelin I

ist gestern bereits zum dritten Male aufgestiegen. Das Luftschiff  
führte zunächst mit mäßiger Geschwindigkeit gegen den aus Nord-  
osten kommenden Wind nach der Stadt Friedrichshafen zu, überflog  
diese und kehrte in einem großen Bogen landeinwärts wieder auf

den See zurück. Solange das Luftschiff mit der Luftschraube  
entwickelte es eine ungeheure Geschwindigkeit. Um  
12 Uhr 10 Minuten wurde in der Bucht von Friedrichshafen ein  
Wohlfahrt auf den See vorgenommen, wobei ein Passagier-  
wagensel festsitzend: Graf Zeppelin flog aus, und an seiner Stelle  
begab sich der junge Graf in die Gondel. Dieses Manöver, das  
tags zuvor auf dynamischem Wege nicht recht gelingen wollte,  
vielmehr mit einem Gasverlust verbunden war, gelang diesmal  
vorzüglich. Auch das sich hieran anschließende Manöver mit der  
Höhens- und Seitensteuerung war trotz des Windes recht gut. Das  
Luftschiff folgte stets gehorchen dem Steuer. Während die vorige  
Lebungsfahrt nur gewissermaßen als Paradeahrt gelten konnte,  
wurde diesmal mit dem Reichsluftschiff fira am exzerziert.  
Die Leubungen werden zurecht fortgesetzt. Um 1/2 12 Uhr traf Graf  
Brandenstein-Zeppelin mit seiner Jugend Gemahlin ein und konnte  
dem Schauspiel der Zwischenlandung auf dem See noch beimohnen.  
Am der Fahrt beteiligten sich 10 Personen. Um 1 Uhr erfolgte  
die Landung des „Z. I.“ glatt.

### Der Berliner Geistesfucher.

Eine der bekanntesten Berliner Persönlichkeiten, ein Mann,  
über dessen Erscheinung, über dessen Meinungen und Taten man  
lächelte, dessen Glaubensstärke aber jedem Respekt einflößen mußte,  
ist gestern gestorben, Dr. E. G. W. Müller.

Dr. Müller gehörte zwei Fakultäten als Doktor an. Er war  
Philosoph und Rechtswissenschaftler. Er war ein juristischer Sach-  
verständiger in literarischen Fragen. In seinen Kreisen genoß er  
unbedingtes Vertrauen. Was verlangte man nicht alles von ihm!  
Ein Mädchen hat den Schatz verloren — Dr. Müller wurde  
zu Hilfe gerufen. Die Geistesfucher sollen den Angelegenheiten  
ein Kaffee ist durchgegangen — Müller sollte bei den Geistesfuchern  
ein Wort zu sagen, um es zu steuern. ... Tag für Tag kamen sie und fragten  
ihn. Und er wußte jedem, wenn auch nicht zu helfen, so doch zu  
raten. Wenn aber die „Geistesfucher“ ihm in die Hände schlugen,  
so nicht an ihnen, was Müller glaubte, sondern an ihm, weil er nicht  
die richtige Beschränkungsförmel gefunden.

Müller wurde im September 1830 zu Magdeburg als  
Sohn eines preußischen Offiziers geboren. Durch die Familie  
seines Vaters war er mit dem Geschlecht der Grafen Schwert-  
zin und dem Freiherren von Scharnhorst verwandt,  
während er mütterlicherseits aus der Gelehrten- und Humanisten-  
familie Agricola abstammte. In jüngeren Jahren war Müller  
auf dem preussischen Ministerium des Innern in der Stellung eines  
Geheimsekretärs sowie als Sekretär für literarische Angelegen-  
heiten auf dem Berliner Polizeipräsidium tätig. In den letzten  
30 Jahren seines Lebens hat sich Dr. Müller von jeder dienstlichen  
Tätigkeit zurückgezogen, um sich der Erziehung der spirituellen  
Phänomene hinzugeben. Zum ersten Male trat er als  
literarischer Schriftsteller an die Öffentlichkeit mit einer Ver-  
teidigungsschrift für den Bauernkrieger Karl Wolter, welcher  
als Unzufriedener und Urheber des „Spukens von Resau“ zu  
einer mehrmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt war. Seitdem hat  
Dr. E. G. W. Müller wohl in allen Strafsachen, die eine Verletzung  
zum Spiritismus hatten, wie besonders in der einst viel be-  
sprochene Broschüre gegen das „Stimmenbuch von A. R. K. H. e.  
sowie gegen das „Materiensystemmedium“ Balista Köpfer eine  
herausragende Rolle als Sachverständiger gespielt.

Rum ist er tot, der kleine Dr. E. G. W. Müller, der Geistesfucher  
und Geistesfucher, das verführerische, verheißene Willens-  
mit den blauen, träumerischen Augen, die hinter dicken Brillengläsern  
mit dem Bild eines Kindes in diese Welt der Wirklichkeit sahen.  
Nach mehrwöchigem Krankenlager ist er dahingegangen in die  
Gefilde der Ewigkeit, die er so oft gerufen, von denen er sich auf  
Schritt und Tritt umgeben glaubte, die sich ihm in jedem ver-  
dunkelten Raum mit Kopf- und Glöckchen, mit rätselhaften  
Aecherungen offenbarten. Jetzt weiß er die Wahrheit, er, der so  
oft getäuscht wurde, und trotz allem immer weiter kämpfte, trotz  
aller Enttäuschungen, trotz aller Prognosen immer weiter kämpfte für  
das, was er in der Tiefe seines Gemüts überzeugt war. Das  
war die Tragik dieses seltsamen Lebens.

Auf der Zeche Radobitz ist man mit den Anfräumarbeiten  
bis an die erste Zeche gelangt. Gestern fand durch den Unter-  
suchungsrichter und drei Beamte der Staatsanwaltschaft Müller  
eine Befragung der zweiten Sohle statt. In der Befragung  
nahmen teil Vertreter des Oberbergamts Dortmund, des Berg-  
reviers Samt, der Lokalpolizei von Höl, der Kreisarzt des  
Kreises Lüdinghausen und der Knappschaftsarzt Dr. Meyer. Der  
Arbeiterauskunft war schon eingeleitet. Eine Zeige wurde frei-  
gelegt. Sie wurde unten eingeleitet und zutage gefördert. Nach  
Ausgabe des Kreisarztes war sie vollständig in mufiziert,  
geruchlos, trocken, verbrannt und unentzündlich. Eine zweite Zeige  
ist schon sichtbar; sie muß aber erst freigelegt werden, da sie ganz  
unter Gestein liegt. Auf dem Zechenplatz ist alles still und ruhig;  
es fanden keinerlei Annehmlichkeiten statt.

Die Wolljagd in Baden. Ein Wolf, der in einem badischen  
Dorfe zu Kreuzungsweggeden auf einem Fofe an der Rette gehalten  
wurde, rief sich los. Er tötete einen wertvollen Wessenspincher und  
fiel Johann das Pferd eines Genarmen an. Es wurde ein Kessel-  
treiben veranstaltet, wobei der Wolf getötet wurde.

In die Ehe geschickelt. Ein interessanter Prozeß erreichte  
loeben vor einem Zivilsenat des Wiener Landgerichts sein  
Ende. Frau Romana La gler klagte auf Ungültigkeit der  
Ehe, die sie am 2. Febr. 1902 mit dem Lokomotivführer Paul  
Lagler eingegangen war. Sie stützte ihre Klage darauf, daß  
die Trauung gegen ihren Willen erfolgt war, und daß ihr  
Stiefvater ihre formale Einwilligung durch brutale Gewalt  
und gefährliche Drohungen erzwingen hätte. Die  
Klägerin hatte ihren Mann als 15jährigen Mädchen im  
Hause ihres Stiefvaters, des Oekonomens Mafariss Chris-  
tianus, in St. Weit an der Glan kennen gelernt. Sie  
empfand gegen ihn eine heftige Abneigung, die sich noch ver-  
stärkte, als er sie anheiratete. Aber ihr dem Trunke er-  
gebener Stiefvater, dem der Aufenthalt des Mädchens in  
seinem Hause ein Dorn im Auge war, verleihte ihr, um ihre  
Einwilligung zu erzwingen, Drohungen und Rauf-  
schläge. Als diese den gewünschten Erfolg nicht zeitigten,  
übertrug er sie in einem Nebenraume ein, wo er sie von Zeit  
zu Zeit mit einem Wasserkrug schlug, bis das Blut  
herausragte. Dabei ließ er die Drohung aus, sie zu  
erdrosseln, falls sie sich nicht anständig fände. So fährte das  
junge Mädchen, noch ehe sie ihr 16. Lebensjahr erreicht  
hatte, zum Traualtar. Das eheliche Leben der beiden Gatten  
gestaltete sich von vornherein sehr unglücklich. Auch als ihnen  
ein Kind gezeugt wurde, wurden ihre Beziehungen nicht  
inniger. — Der Gerichtshof erklärte die Ehe für ungültig,  
weil die Einwilligung der Frau durch begründete Furcht er-  
zungen sei. Die Klägerin erhält dadurch die Freiheit, sich  
nunmehr nach dem Zuge ihres Verzens zu vernehmen.

Der „glückliche Boot“. Der bekannte Kreissekretär Roos-  
welts, der während seiner Anwesenheit im Heime des Bräutigams  
lo gern von der Presse als der „glückliche Boot“ angesprochen  
wurde, der glücklichen Unglückliche, der stets alle kleinen Zwischen-  
fälle Roosweltscher Politik in der unbekannten Rolle des Sünden-  
bockes miterlebte, hat jetzt den Lohn seiner Schuld gemietet: durch

Verwendung Rooswelts ist er zum Gefangenen-Gewächshaus von Neu-  
port ernannt worden, zum Chef von 1900 Angehörigen, zu einem  
politischen Wachführer, der über ein Jahresentlohn von 50 000  
Mark verfügt und durch dessen Hände jährlich 800 Millionen rollen.

Die Gefahren der Ventilation. Aus Paris wird uns be-  
richtet: In der vergangenen Woche wurden von zwei in Staats-  
diensten stehenden Ärzten interessante Versuche über die Wirkung  
elektrischer Ventilatoren vorgenommen, die überaus große Resultate  
ergaben. In fünf verschiedenen Cafésbüros und Restaurants  
sahen nacheinander dieselben Experimente statt; in dem ersten  
Café, wo man morgens um halb zehn die Versuche begann, nachdem  
die Ventilatoren acht Stunden lang nicht gearbeitet hatten, fielen die  
Zuführer vor der Einschaltung der sogenannten „Luft-  
reiniger“ und 10 000 Bakterien im Kubimeter Luft fest. Nach  
einzigender Tätigkeit der Ventilatoren war der Bakteriengehalt  
der Luft auf 35 000 im Kubimeter angewachsen. In einem zweiten  
Café wurden vor der Einschaltung der Ventilatoren 12 000, nach  
der Tätigkeit der Ventilatoren 89 000 Bakterien im Kubimeter  
Luft festgestellt. Ähnlich waren die Resultate in den übrigen  
Lokalitäten. Diese Feststellung, nach der die Luftreiner nicht nur  
ihren Zweck nicht erfüllen, sondern eine größere gesundheitliche Gefahr  
bedeuten, erregt begrifflichere Interesse. Aufhören; in den  
elektrischen Ventilatoren entstehen die beiden Verze ein gefährliches  
Verbreitungsmittel für ansteckende Krankheiten und insbesondere  
für die Tuberkulose.

Eine Untergrund-Stufenbahn in Newyork. Um die von dem  
gewöhnlichen Straßenverkehr überlasteten Newyorker Verkehrswege  
zu ergänzen, ist jetzt von der Kommunalbehörde der Bau einer  
großen Untergrund-Stufenbahn in Aussicht genommen. Zunächst  
wird eine Linie gebaut, die unter dem Broadway laufend von der  
14. bis zur 42. Straße geht und unter der 34. und 13. Straße  
Stellenabzweigungen erhält. In jedem Tunnel laufen vier Plat-  
formen mit einer Geschwindigkeit von je 3, 6, 9 und 12 englischen  
Meilen in der Stunde. Auf der kleinsten Plattform werden die  
erzogen. In dem Entwurf wird ausgeführt, daß das Auf- und  
Absteigen von der einen Plattform auf die andere mit größter  
Leichtigkeit und völlig gefahrlos bemerksichtigt werden kann.

## Letzte Nachrichten.

### Die Balkankrise.

**Belgrad, 10. März.** Man behauptet hier mit Be-  
stimmtheit, daß die serbische Regierung den Vorschlag des  
Großen Vorgesah nicht annehmen werde, und hat bereits alle  
Vorbereitungen zu einem evtl. Zollkrieg getroffen. In der  
heutigen Sitzung der Stupischina wurde die Vorlage eines  
gemeinamen Zolltarifs beschlossen.

**Belgrad, 10. März.** Wie amtlich verlautet, erklärt eine  
russische Note, daß die Antwort Serbiens in Petersburg die  
Verfriedigung aufgenommen worden sei und beklümmung die  
serbische Regierung dazu. Die Note soll heute den  
Mächten, mit Ausnahme von Oesterreich-Ungarn, zugehen.

### Der Militär-Etat in der Budgetkommission.

**Berlin, 10. März.** Heute mittag hat die Budgetkommit-  
tion des Reichstags den Militär-Etat noch nicht erledigt.  
Bespäglich der Leubungspläne wurde auf Wunsch des Zen-  
trums eine klarere Buchführung zugelassen. Eine weitere An-  
regung aus dem Zentrum empfahl, wegen der herrschenden  
Finanznot die großen Manöver ausfallen zu lassen. Die  
große Anzahl der Bauhäuser wurde bemängelt; eine Prü-  
fung, ob sich Ersparnisse erzielen ließen, wurde zugelassen.

### Zum Fall Tremel.

**München, 10. März.** Hier wird auf das Bestimmteste  
versichert, daß sich die bayerische Regierung bei der prin-  
zipiellen Bedeutung des Falles nicht ohne weiteres in die  
Entscheidung der Kirche fügen wird. In liberalen par-  
lamentarischen Kreisen glaubt man allerdings nicht, daß sich  
Kulturminister Dr. Wehner den Wünschen des Zentrums  
entgegenstellen werde.

### Beurteilter Erpresser.

**Frankfurt a. M., 10. März.** Das Kriegsgericht ver-  
urteilte heute den Infanteristen Karl Riesel von der 5. Kom-  
panie des 166. Infanterie-Regiments in Hanau wegen Er-  
pressung zu 6 Monaten Gefängnis und Verlegung in die  
zweite Klasse des Soldatenlandes. Riesel hatte einen  
Frankfurter Gastwirt durch anonymen Brief aufgefordert  
ihm 20 Mark zu senden, widrigenfalls er ihn wegen Ver-  
gehen gegen § 175 zur Anzeige bringen würde.

### Protest gegen die Telefonvermehrung.

**Strasbourg i. El., 10. März.** Die hiesige Handels-  
kammer beschloß, eine Eingabe an den Reichstag zu machen,  
in der sie gegen den Entwurf der neuen Fernsprechnetz-  
ordnung protestiert.

### Unbekannte Leichen.

**Hannover, 10. März.** Heute mittag wurden in einem  
nahgelegenen Walde die Leichen eines unbekanntes Paares  
aufgefunden. Es ist ein etwa 20 jähriges Mädchen  
der mittleren Stände und ein 24 jähriger Mann, bei  
dem sich eine goldene Uhr und Kette sowie eine geringe  
Barzahl vorfand.

### Stillschießensverbot.

**Frankfurt a. M., 10. März.** Vor dem hiesigen Schmutz-  
gericht wurde der Gärtner Speth, der sich an seiner  
eigenen 15jährigen Tochter vergangen hatte,  
wegen Blutschande zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt.

### Wulkanische Eruption.

**Sidnen, 10. März.** Wie Depeschen aus Neuseeland  
melden, ist der Vulkan Agarua hoh seit gestern früh  
wieder ununterbrochen in Tätigkeit. Der Berg ist in Nebel  
und Dampfswolken gehüllt und die Lava wälzt sich in Strö-  
men den Abhang herab.

### Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg;  
für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport:  
Eugen Steinmann; für das Feuilleton und Vermischtes:  
Paul Schauburg; für den Handelsteil: Friedrich  
Alexander Ragh; für den Inlandteil: Friedrich  
Endruat; Druck und Verlag von Dito Fendel. Sämtlich  
in Halle a. S.

— Diese Nummer umfasst 8 Seiten. —  
entsprechlich „Unterhaltungsblatt“.



